

Schul.Land.Oberösterreich

Mag. Leopold Pickner

Politische Bildung in der AHS in Oberösterreich

Mit der Einführung eines neuen Lehrplans Geschichte/Politische Bildung für die Oberstufe im Schuljahr 2002/03 und 2008/09 für die 8.Schulstufe begann ein „neues Zeitalter“ der Politischen Bildung.

„Endlich“ sagen die überzeugten Befürworter, „schon wieder etwas Neues“ argumentieren die SkeptikerInnen, die auch befürchten, dass der Pflichtgegenstand Geschichte und Sozialkunde an Bedeutung verliert, an Attraktivität einbüßt und vielleicht sogar aus dem Fächerkanon eliminiert wird.

Aber gerade das Gegenteil ist der Fall, bietet doch die Politische Bildung die ungeheure Chance, sich wesentlich intensiver mit den aktuellen Problemen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Wozu überhaupt Politische Bildung?

Einfache Antwort:

Eine Demokratie benötigt Politische Bildung Demokratie braucht eine politisch gebildete Bürgerschaft

Nur in der Demokratie haben die StaatsbürgerInnen das Recht, durch Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbegehren politisch mitzubestimmen. Sie ist die einzige Staatsform, die von allen StaatsbürgerInnen verlangt, (begründete) politische Urteile zu treffen und dies setzt voraus, Politik zu verstehen.

Ist dies nicht der Fall so droht politische Teilnahms – und Interesselosigkeit, Das deutlich sichtbare Zeichen dafür ist die ständige sinkende Wahlbeteiligung, egal, ob es sich um Gemeinde -, Landtags – Nationalrats – oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Diese „Politapathie“, meist resultierend aus einer großen Unwissenheit, schafft den idealen Nährboden für politischen Extremismus, von rechts und links.

Die Schlussfolgerung daraus:

Die Politische Bildung muss an allen österreichischen Bildungseinrichtungen verbessert werden.

An österreichischen Schulen ist die Politische Bildung zwar Unterrichtsprinzip aller Fächer, aber sie ist eines von zwölf Unterrichtsprinzipien und hat deshalb nur einen eher geringen praktischen Wert. Auch deshalb, weil es keine fundierte Ausbildung für die LehrerInnen gab und, leider, immer noch gibt. Unter diesen Umständen sind Qualitätsmängel der Politischen Bildung unvermeidlich.

Für die politische Bildung gilt aber das Gleiche wie für andere Fachgebiete auch: Ohne fachlich hervorragend ausgebildete LehrerInnen kann ein anspruchsvoller Unterricht, der modernen Qualitätsansprüchen genügt, nicht erteilt werden.

Neben der fachlichen Ausbildung der zukünftigen LehrerInnen an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen muss die Fort – und Weiterbildung für die bereits unterrichtenden LehrerInnen, die manchmal sogar einer Ausbildung gleich kommt, ein weiteres zentrales Anliegen sein.

Die Vorbereitung der Lehrerschaft auf den neuen Oberstufenlehrplan 2002/03 könnte hier als Modell dienen. In zehn Tagen wurde in einem „**Lehrgang Politische Bildung**“ (ursprünglich waren zwölf vorgesehen, aus Kostengründen wurde die Veranstaltung gekürzt), aufgeteilt auf drei Module, folgende Inhalte, für die Prof. Filzmaier verantwortlich zeichnete, vermittelt:

Modul 1:

1.) Schwerpunkt „Demokratie“

- a.) Prinzipien der Demokratie
- b.) Verschiedene Demokratiemodelle
- c.) Vor – und Nachteile der Demokratie

2.) Schwerpunkt „Medien und Politik“

- a.) Politikvermittlung in der Demokratie – Mediengesellschaft
- b.) Grundlagen des Mediensystems
- c.) Akteure der politischen Kommunikation
- d.) Politisches Marketing

Modul 2

- „*Macht und Kontrolle*“ – Verfassung und realpolitische Grundlagen des österreichischen politischen Systems:
Verfassung und Verfassungswirklichkeit (inkl. Bedeutung von Grundrechten), Institutionen (Staatsgewalten und Kontrollinstanzen, Parteien und Interessensgruppen; Wahlen)
- „*Fallbeispiel Österreichische Innenpolitik*“, Staat, intermediäre Gruppen und politischer Wettbewerb – Wirtschaft und soziale Beziehungen:
Österreichische Innenpolitik; Interessensvertretungen; Wirtschaft – und Sozialpolitik

Modul 3:

- Österreichische Außenpolitik
- Internationale Beziehungen und „Weltpolitik“
- Globalisierung und Weltwirtschaft
- Europäische Union
- Typologie und Modelle politischer Systeme
- Verfassung und Verfassungswirklichkeit
- Grundzüge zentraler politischer Systeme

An diesem Lehrgang nahmen aus Oberösterreich 25 LehrerInnen teil. Und dann? Das war's! Folgeveranstaltungen gab es – aus Kostengründen – keine.

Als Arbeitsgemeinschaftsleiter bemühte ich mich daher viele Fortbildungsveranstaltungen mit politischen Bildungsinhalten anzubieten, auch schon vor der Einführung der neuen Lehrpläne. Eine kleine Auswahl:

Österreich in den 80er und 90er Jahren - „Eine Republik im Wandel“ (2000):

- Das Ende eines Sonderweges? – Politischer Strukturwandel in den 80er und 90er Jahren
- Die Bundesländer zwischen Tradition und europäischer Herausforderungen
- Von der Vollbeschäftigung zum Problem der Arbeitslosigkeit – „Arbeit“ im Strukturwandel der 80er und 90er Jahre
- Aufbrüche. Die österreichische Wirtschaft in den 80er und 90er Jahren
- „Kultur“ zwischen Traditionspflege und Elektronik
- Entgrenzungen – Begrenzungen: Populismus, neuer Nationalismus, Regionalismus
- Neue Horizonte? Von der Globalität zur Europäisierung Österreichs. Österreichs Außenpolitik in den 80er und 90er Jahren
- Selbstbestimmt?! – Zu politischen Handlungsspielräumen von Frauen in den 80er und 90er Jahren
- Politische Kultur im Wandel

Als Referenten konnten die Universitätsprofessoren Ardelt, Dachs, Gehler, Kannonier, Kriechbaumer, Sandgruber und Talós gewonnen werden.

Diese Veranstaltung war ein Produkt der sehr fruchtbaren Zusammenarbeit mit der Universität Linz, eine Kooperation, die – wieder einmal – aus Kostengründen nicht mehr aufrechterhalten werden konnte (Kürzung des Universitätsbudgets!)

Ein Produkt dieser Kooperation war auch das

Symposium „Der Wandel des politischen Parteienspektrums in Österreich seit den 80er Jahren“ (2003)

Es wurde in einzelnen Referaten mit anschließender Diskussion die Entwicklung der im Nationalrat vertretenen Parteien im besagten Zeitraum behandelt. Ferner wurden die Themen „Kultur und Politik“, „Parteien und Sozialstaat“, „Geschlecht und Politik – die Rolle der Frauen in den Parteien“, „Politik und Medien“ und die Parteienfinanzierung erörtert. Abgerundet wurde das Symposium mit einer Politikerdiskussionsrunde, moderiert von ORF-Redakteur Mag. Tarek Leitner.

Abschließend wurden Vorschläge zur didaktischen Umsetzung im Unterricht unterbreitet.

Es nahmen 120 LehrerInnen aus allen Bundesländern daran teil!

Weitere Veranstaltungen mit Österreich-Bezug:

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Österreich (2007)

- Abgrenzung Rechtsextremismus – Rechtspopulismus
- Populistische Ideologie
- Agitatorische Stilmittel des Rechtspopulismus
- Gesellschaftliche Entstehungshintergründe
- FPÖ/BZÖ
- Europäische Beispiele
- Wahlerfolge – Regierungsbeteiligungen – Folgen

Prof. Anton Pelinka referierte über die

Österreichische Politik: Vom Struktur – und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems in den beiden letzten Jahrzehnten (2008)

Schwerpunkt der Betrachtung war die Beleuchtung der Entwicklung ab den Wahlen 1999 bzw. Regierungsbildung 2000. Neben der österreichischen Innenpolitik wurde auch die österreichische Europapolitik betrachtet und generelle Veränderungen im politischen System angesprochen (z.B. Wandel von der Konsens – zur Konfliktdemokratie, die zunehmende Bedeutung der Medien, das geänderte Wahlverhalten etc.)

Der fächerübergreifende Aspekt wurde im Seminar

Die Gewalt in der politischen Rede (2002) berücksichtigt, wo in der Zusammenarbeit mit den Germanisten anhand von praktischen Beispielen (Redeausschnitte – als Text – und Videovorlage) die Gewalt in der politischen Sprache analysiert und diskutiert wurde.

Die Europäische Union war im Mittelpunkt der Veranstaltungen

Europa-Pläne – eine Verfassung für Europa? (2005)

Dabei wurden die unterschiedlichen Phasen der Integrationsbewegungen in Europa - auch als Resultat der Krisenbewältigung – von Coudenhove-Kalergi bis Giscard d'Estaing aufgezeigt und dabei die Probleme des „Grundrechte-Konvents“ und des „Verfassungskonvents“ erörtert.

Im gleichen Jahr – es war das 10-Jahresjubiläum des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union – in der Öffentlichkeit nicht immer als „Jubiläum“ wahrgenommen, wurde, wieder gemeinsam mit der Universität Linz, das Symposium ***Bilanz der zehnjährigen Mitgliedschaft Österreichs in der EU*** veranstaltet.

In acht großen Themenkreisen wurde „Bilanz“ gezogen:

- I. Der Weg bis zum Beitrittsantrag 1945 – 89
- II. Der Weg in die EU und die Bilanz einer Mitgliedschaft 1989 – 2005
- III. Die EU und der Sozialstaat
- IV. Migration in die „Festung“ Europa
- V. Populistische Bewegungen in die EU
- VI. Kultur und Kulturhauptstädte in der EU
- VII. Das Europa der Regionen
- VIII. Neutralität und Beistandspflicht

Abgeschlossen wurde das Symposium mit einer Diskussion mit österreichischen Abgeordneten des EU-Parlaments, des Nationalrats und des OÖ-Landtags.

Die Europäische Union war auch Thema des Bundesseminars

Die Zukunft der Europäischen Union (2006). Dabei wurden erörtert

- Die Grenzen Europas
- Gemeinsame Außen – und Sicherheitspolitik – eine Fiktion?
- Das Meinungsklima zum EUropa
- Die EU – ein wirtschaftlicher Machtfaktor?
- Das Ende des multikulturellen Europa? – Der Integrationsbegriff und seine diskursiven Wandlungen

- Wozu braucht die EU eine neue Verfassung?
- Die „Türkeifrage“
- Österreichs Weg in die Europäische Union
- Die EU und der Wohlfahrtsstaat

Der internationale Aspekt wurde in folgenden Veranstaltungen berücksichtigt (eine Auswahl):

Politik auf amerikanisch: Präsidentschaftswahlen in den USA (2004)

Unmittelbar vor den US-Präsidentschaftswahlen am 2. November 2004 mit einer dramatischen Auseinandersetzung zwischen George Bush jr. und John F. Kerry beinhaltete das Seminar Analysen des politischen Systems der USA, des Wahlkampfes und seine Strategien sowie auch der Funktion der Massenmedien. Speziell die Rolle des Fernsehens in einem fragmentierten Multi-Mediensystem sowie die Konsequenzen eines am Marketing orientierten politischen Journalismus für die Politikvermittlung wurden untersucht. Die Inhalte beschränkten sich nicht auf den aktuellen Wahlkampf, sondern zeigen Innovationen im politischen Wettbewerb der USA in Form einer Langzeitanalyse der Präsidentschaftswahlkämpfe von 1988 bis 2004 auf.

Zum transatlantischen Verständnis der Beziehungen zwischen Europa und USA (2000)

Angesichts der zahlreichen Konflikte im letzten Jahrzehnt, die einerseits den Ruf nach dem Eingreifen der Amerikaner andererseits aber eine starke Kritik an der „Weltpolizistenrolle“ laut werden ließen, wurden Fragen der jeweiligen Wahrnehmung (Selbst – und Fremdwahrnehmung) und des damit zusammenhängenden Selbstverständnisses, der wechselseitigen transatlantischen Übereinstimmungen und Missverständnissen behandelt.

Außerdem wurde der „Antiamerikanismus“ und seine Hintergründe, von einer länger zurückreichenden historischen Dimension ausgehend, bis in die Gegenwart erörtert, und die Großmachtsstellung der USA analysiert und diese mit anderen Großmächten der Geschichte verglichen.

***Russland von Gorbatschow bis Putin* (2003)**

Schwerpunktthemen waren:

1. Perestrojka: Intentionen, Konzepte und Ursachen des Scheiterns
2. Das politische System Russlands – Staatliche Institutionen nach der Verfassung 1993
3. Der Tschetschenienkonflikt 1991 – 2002
4. Der Aufstieg Vladimir Putins
5. Die Entwicklung der Außen – und Sicherheitspolitik Russlands von 1991 – 2002

Daneben wurde noch auf die russischen Parteien, die russische Scheindemokratie, die Medien und die Zivilgesellschaft unter Putin eingegangen.

***Der Krisenherd Naher Osten. Zur Geschichte von Israel und Palästina* (2002)**

Dabei wurde die Entwicklung des internationalen Krisenherdes in den letzten 100 Jahren ab 1897, der Gründung der zionistischen Bewegung in Basel bis zur heutigen Situation, der 2.Intifada. dargestellt.

Zu den Höhepunkten zählte die Fortbildungsveranstaltung

Holocaust, Zwangsarbeit und Restitution im Rahmen eines Bundesseminars (2002), das durch die Teilnahme des damaligen israelischen Botschafters in Österreich, Avraham Toledo, ausgezeichnet wurde. Erörtert wurde

- der gegenwärtige Stand der Holocaust-Forschung
- der Umgang mit dem Holocaust in der heutigen israelischen Gesellschaft
- Beraubungen der Juden in Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus: Umfang und Rückstellung, methodische und inhaltliche Probleme einer Erfassung des Gesamtumfangs
- Zielsetzungen und Arbeitsweisen der Historikerkommission
- die Entschädigungsforderungen für arisiertes Vermögen und Zwangsarbeit im Zusammenhang mit den Ereignissen in Österreich vom 11.3.38 bis zum Kriegsende
- der gegenwärtige Stand der Forschung über die Zwangsarbeiterproblematik in der Großindustrie von Oberösterreich
- Bericht über die praktische Arbeit des Zwangsarbeiterfonds

- Zeitzeugenberichte von Insassen der Konzentrationslager Mauthausen, Ebensee und Buchenwald
- Vernichtung als Programm. Möglichkeiten und Grenzen einer pädagogischen Erinnerungsarbeit

Diese Thematik wurde 2004 in Kooperation mit der Universität Linz mit dem Schwerpunkt Oberösterreich noch intensiviert, unter dem Titel

Beraubungen in der NS-Zeit und Wiedergutmachung nach 1945

wurde die Vorgangsweise bei der Enteignung jüdischen Vermögens und den Problemen der Restitution anhand von konkreten Fallbeispielen aus Oberösterreich aufgezeigt.

Der 11. September 2001 eröffnete eine neue Thematik: die Auseinandersetzung mit dem Fundamentalismus und Terrorismus. Dem wurde Rechnung getragen in den Seminaren

Von den Kreuzzügen zum religiösen Fundamentalismus (2004). Die Themenbereiche waren:

1. Was ist Fundamentalismus?

Vermischung säkular-moderner mit religiösen Ideen, Angst wegen des Verlusts bestimmter Fundamente und Werthaltungen, Überbewertung von Teilaspekten, Ideen zum vernünftigen Umgang mit dem Fundamentalismus für Nicht-Fundamentalisten

2. Christlicher bzw. katholischer Fundamentalismus

Einzelbeispiele, Grundanliegen, machtpolitische Bedeutung, Verhältnis zur Beziehung Kirche-Staat, moderne Kirchenbilder (z.B. Kirchenvolksbegehren“) und vormoderne (z.B. Lefebvre-Bewegung)

3. Der moderne Fundamentalismus

Beispiel 1: Nationalismus, Idealisierung von Volk, Kultur und Geschichte

Beispiel 2: Amerika – säkulare und pseudochristliche Vision eines neuen ausgewählten Volkes und Landes

4. Der islamische Fundamentalismus

Grundsätze, Ursachen, Verbreitung, Lösungsansätze

2005 fand das Thema seine Fortsetzung im Seminar ***Geschichte des Terrorismus – Vom Einzelattentat zum Massenterror***

Die „Geschichte des Terrorismus“ wurde dabei von Sarajewo 1914 bis zum 11. September 2001 und darüber hinaus anhand von konkreten Beispielen dargestellt. Außerdem wurde dabei die Rolle der USA und von Russland beleuchtet und auf aktuelle Beispiele eingegangen (Al Kaida, Osama Bin Laden, Taliban ...);

Neben Seminaren zur ***Frauen -, Geschlechter – und Emanzipationsgeschichte*** (2000 und 2001) wurden noch Fragen ***Zur deutsch-deutschen Geschichte vor und nach dem Fall der Mauer*** (2003) und des ***Völkerrechts*** (1. Grundstrukturen der internationalen Ordnung und des Völkerrechtes; System der Ungleichheit, Rechtsformen des modernen Völkerrechtes; 2. Völkerrecht und internationale Sicherheit: Kollektive Sicherheit - UNO, OSZE, Neutralität und Militärbündnisse - NATO, WEU und EU, gemeinsame Sicherheits – und Außenpolitik) behandelt.

Diese Übersicht lässt den Schluss zu:

Politische Bildungsinhalte, gekoppelt mit der Zeitgeschichte, hatten und haben in Oberösterreich eine zentrale Bedeutung in der Fortbildung.

Politische Bildung als Appendix des Geschichtsunterrichts?

Es darf nicht übersehen werden, dass die Forderung nach einem eigenen Fach Politische Bildung auf dem Tisch liegt. Sofern an der Fächerkombination mit Geschichte festgehalten werden soll, was ich für sinnvoll halte, muss dieses Fach aber zu einem echten Integrationsfach mit den beiden gleichberechtigten Standbeinen „Geschichte“ **und** „Politische Bildung“ weiterentwickelt werden, eine Forderung, die auch Prof. Sander, der Vorstand des neu gegründeten Instituts für Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien, vertritt.

Das erfordert daher eine fachliche Professionalisierung der GeschichtslehrerInnen, und sollte diese nicht gelingen wird die Forderung nach einem eigenen Unterrichtsfach Politische Bildung immer lauter werden und wohl auch Gehör bei den politischen Entscheidungsträgern finden.

Die Politische Bildung darf keine Konkurrenz zur Geschichte sein, eine bessere Zusammenarbeit bzw. Vernetzung ist aber erforderlich.

Für mich besteht die Notwendigkeit der fächerübergreifenden Kooperation. Die Politische Bildung ist keine Konkurrenz zur Geschichte, eine bessere Zusammenarbeit bzw. Vernetzung ist aber erforderlich, auch mit allen anderen Fächern. Politische Bildung, Geschichte und Sozialkunde, Geographie und Wirtschaftskunde, Religion etc. sollen sich als Teilbereiche eines gemeinsam sozialwissenschaftlichen Lernens verstehen, in dem sich fachliche Professionalität und Fächer übergreifende Zusammenarbeit ergänzen. Dies erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt utopisch und realitätsfremd zu sein, vor allem wenn man den Ist-Zustand Fächer übergreifenden Unterrichts an der AHS betrachtet.

Wenn man Forderungen nach mehr Projektarbeit, eigenständigem Lernen etc. ernst nimmt, bietet die Politische Bildung mit ihren zahlreichen Fächer übergreifenden Ansätzen einen geradezu idealen Nährboden dafür!

So wie einst mit der Einführung der Wirtschaftskunde die Geographie einen neuen Aufschwung erhielt, dieses Fach vielleicht sogar rettete, so könnte die Politische Bildung die Geschichte noch attraktiver machen!

Daher den „Traditionalisten“ ins Stammbuch geschrieben:

Keine Angst vor politischer Bildung!

Ziele und Grundsätze demokratischer politischer Bildung

Politische Bildung soll die Jugend befähigen, am öffentlichen Leben in der Demokratie teilzunehmen. Sie fördert selbstständiges politisches Denken und vermittelt politische Urteils – und Handlungsfähigkeit sowie politisches Wissen. Ihre Zielperspektive ist die politische Mündigkeit ihrer AdressatInnen.

Mit dieser Zielperspektive ist es unvereinbar, politische Bildung für die Durchsetzung partei -, verbands – oder sonstiger interessenspolitischer Ziele zu instrumentalisieren. Offene oder verdeckte Indoktrination in der politischen Bildung kann nicht akzeptiert werden.

Politische Bildung darf nicht für partei -, verbands – oder sonstiger interessenspolitischer Ziele instrumentalisiert werden!

Allerdings gibt es auch in der politischen Bildung keinen „neutralen“ Standpunkt, von dem aus politische Kontroversen und Konflikte auf „objektiv richtige“ Weise entschieden werden könnten.

Aufgabe politischer Bildung ist es vielmehr, kontroverse Fragen als kontrovers zu thematisieren, die AdressatInnen mit unterschiedlichen Positionen in Politik und Wissenschaft zu diesen Fragen bekannt zu machen und sie darin zu stärken und zu ermutigen, begründete eigene Entscheidungen zu treffen. Lehrende in der politischen Bildung müssen daher zwischen ihrer eigenen politischen Position und ihrer professionellen politischen Aufgabe unterscheiden können. Sie können zwar, wenn es die Situation erfordert, auch eigene Meinungen und Urteile im Unterricht zur Diskussion stellen, aber sie müssen jederzeit deutlich machen, dass es nicht Ziel des Unterrichts ist, diese Positionen zu vermitteln, sondern dass alle Teilnehmenden das Recht haben und darin unterstützt werden, ihre eigenen Perspektiven zu entwickeln. Soweit, wie in der Schule, Leistungen zu beurteilen sind bezieht sich diese Beurteilung nicht auf Meinungen, sondern auf die Qualität von Begründungen. Politische Bildung fordert bei ihren AdressatInnen durch gründliche Auseinandersetzung mit politischen Fragen, Problemen und Kontroversen die Komplexität politischen Denkens und Urteilens. „Einfache Lösungen“ wird es nicht geben! Dies den AdressatInnen klar zu machen muss ein Ziel der politischen Bildung sein!

Dazu ist aber auch eine Lernatmosphäre notwendig, die zur aktiven Beteiligung und zu offener, auch kontroverser Diskussion einlädt. Politische Bildung kann und will in der Schule zu einer partizipationsorientierten Lernkultur beitragen, die junge Menschen ermutigt, ihre Fragen und Interessen zur Geltung zu bringen. Politische Bildung ist auch auf diese Weise ein Gegengift gegen politische Apathie. Junge Menschen sollen sich in der Schule ernst genommen fühlen, Chancen der Mitgestaltung haben und ein von Freiheit und Toleranz geprägtes Zusammenleben erfahren, aber auch geprägt von Achtung und Wertschätzung ihren LehrerInnen gegenüber. Auf diesem Weg trägt politische Bildung zu einer Schule bei, die sich als Ganzes der Integration der jungen Generation in die Demokratie verpflichtet sieht (aus: Entwurf einer Grundsatzklärung der Fachgesellschaft für politische Bildung).

Der neue Lehrplan für die 8.Schulstufe – eine neue Herausforderung für die Fortbildung

Wie schon 2002/03 mit der Einführung des neuen Oberstufenlehrplans stehen wir auch jetzt wieder vor einer neuen Herausforderung. Es muss der neue Lehrplan für die 8.Schulstufe umgesetzt werden, d.h. in der Fortbildung einen breiteren Raum einnehmen.

Zunächst zum neuen Lehrplan:

Die Definition der konkreten Ziele für die Fach bezogenen Aufgaben der politischen Bildung in Form von Kompetenzen ist neu und begrüßenswert; das Kompetenzmodell sollte in enger Kooperation mit der Didaktik der politischen Bildung weiterentwickelt und mit Hilfe von Fortbildungen praxiswirksam gemacht werden!

Der Kompetenzbegriff

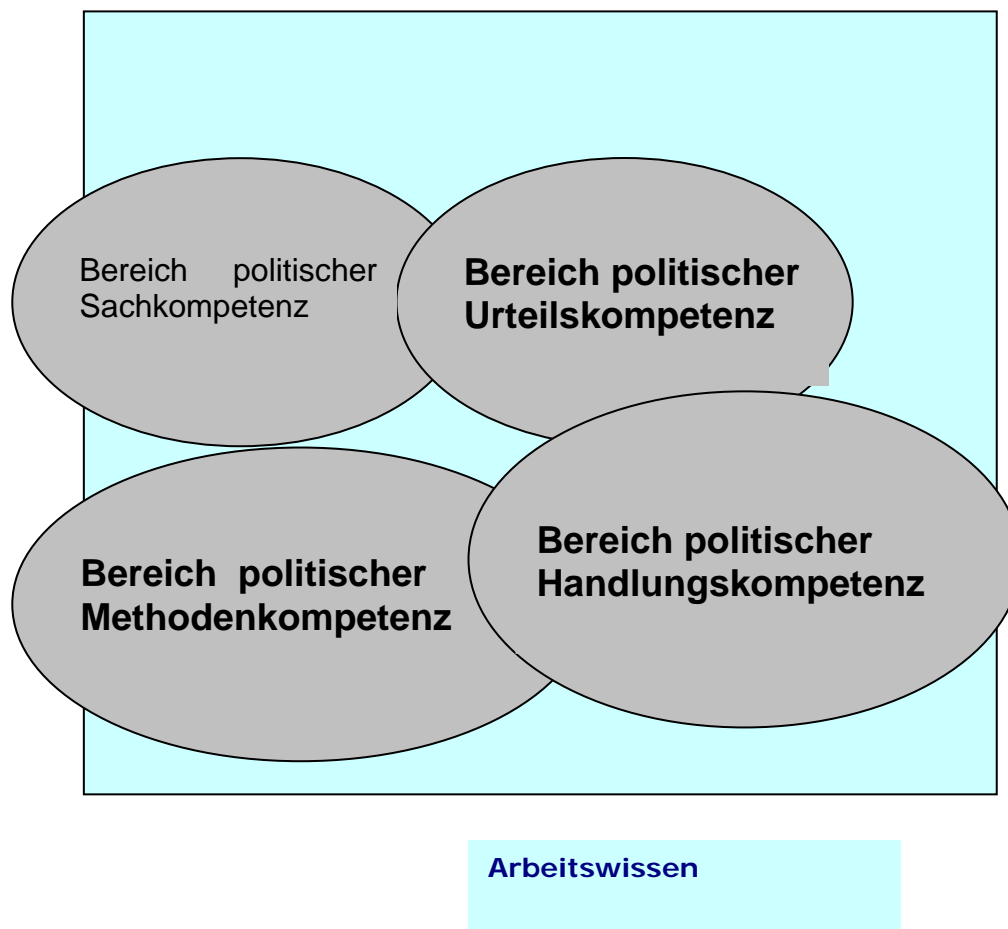
In mühevoller Kleinarbeit wurde von einer „Expertenkommission“, vom Bundesministerium einberufen, dieses Kompetenzmodell entwickelt. Diese Gruppe setzte sich zusammen aus Vertretern der Universität, der Pädagogischen Hochschule, DirektorInnen und LehrerInnen aus allen Schultypen.

Jugendliche sollen durch politische Bildung in die Lage versetzt werden, Kompetenzen zu erwerben, die es ihnen erlauben, Autonomie in ihrem politischen Denken zu entwickeln, sowie an politischen Prozessen aktiv teilzunehmen.

Unterricht in politischer Bildung versucht die Entwicklung von politischen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Handlungskompetenzen, das Verfügen - Können über Wissen und die Persönlichkeitsentwicklung miteinander zu verbinden. Reflektiertes und (selbst)reflexives politisches Denken und Handeln der SchülerInnen ist das Ziel.

Die Forderung, Jugendliche bei der Entwicklung politischer Kompetenzen zu unterstützen, ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und nicht allein jenes der Schule. Die Notwendigkeit durch politische Bildung die Kompetenzentwicklung zu unterstützen und nicht nur reproduziertes Wissen zu vermitteln, stellt an die Lehr – und Lernvorgänge hohe und zum Teil neue Anforderungen.

Voraussetzung für die Entwicklung eines Kompetenzmodells ist, möglichst klar zu unterscheidende Kompetenzbereiche auszuweisen.



Der Erwerb und die Ausdifferenzierung der politischen Kompetenzen ist davon abhängig, dass auf ein Wissen zurückgegriffen werden kann, das das jeweils behandelte politische Thema erschließen hilft. Dieses „**Arbeitswissen**“ stellt keinen feststehenden Wissenskanon dar, sondern resultiert aus konkreten Fragestellungen. Anteile des Arbeitswissens fließen auch in die Sachkompetenz ein, soweit sie zum Verstehen politischer Kategorien beitragen.

Die Urteilskompetenz

Sie beinhaltet die Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaft zu einer selbstständigen, begründeten und möglichst sach – und/oder wertorientierten Beurteilung politischer Entscheidungen, Probleme und Kontroversen.

Konkret (eine Auswahl):

... „politische Vorurteile“, die meist stark emotional geprägt und daher stärker resistent gegenüber aufklärender Information sind, von rational begründeten und begründbaren Urteilen unterscheiden

... vorliegende Urteile hinsichtlich ihres historischen Entstehungskontextes überprüfen

... kontroverse Positionen bei politischen Entscheidungsfindungen nach ihrer Abhängigkeit von vorgegebenen ökonomischen, sozialen, religiösen bzw. kulturellen Interessen befragen

... sich jener eigenen politischen Grundeinstellungen und Wertmaßstäbe bewusst zu sein, die die eigenen Urteile beeinflussen und bereit zu sein, sie gegebenenfalls zu modifizieren

Die Handlungskompetenz

Darunter versteht man die Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaft politische Konflikte auszutragen, eigene Positionen in politischen Fragen zu formulieren und zu artikulieren. Die Handlungskompetenz schließt die Bereitschaft zum Kompromiss, die Fähigkeit zur Kommunikation und Toleranz bzw. Akzeptanz und zur Konfliktfähigkeit ein.

Konkret (eine Auswahl):

... allein oder mit anderen für gemeinsame und/oder für die Interessen anderer eintreten

... demokratische Mittel zur Durchsetzung eigener Anliegen (z.B. Unterschriftenlisten, Flugblätter...) anwenden

... Medien nutzen, um eigene politische Meinungen und Anliegen zu verbreiten (z.B. Leserbriefe, Chat-Rooms...)

... sich an politischen Prozessen beteiligen und politische Verantwortung auf verschiedenen Ebenen übernehmen

... als KonsumentIn bewusste Entscheidungen treffen

... die Angebote von Regierungs – und Nicht-Regierungsorganisationen nutzen

Methodenkompetenz

Sie umfasst das Verfügenkönnen über Verfahren und Methoden, die es erlauben, sich mündlich, schriftlich und/oder in modernen Medien politisch zu artikulieren und die Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaft fertige Bilder des Politischen in den unterschiedlichen Medien zu entschlüsseln. Damit sollen die Lernenden über Verfahrensweisen verfügen lernen, die es ihnen ermöglichen, in einen Diskurs mit anderen zu treten und die Grundlagen von Informationen zu reflektieren.

Konkret (eine Auswahl):

... die Abhängigkeit der Ergebnisse von der Art der Datenerhebung erkennen (Meinungsumfragen, punktuelle Befragung, Stichproben...)

... erkennen, dass Daten im Rahmen unterschiedlicher politischer Vorstellungen verschieden verwendet werden können

... Themenlenkung durch Politik und/oder Medien erkennen und in Hinblick auf deren Absicht und Wirkung besprechen

... unzulässige Vereinfachungen der möglichen Aussagen (z.B. falsche und/oder fehlende Kontexte, Ideologisierung, Mythologisierung) erkennen

... einfache Studien planen, durchführen und präsentieren

... eigene politische Interessen nachvollziehbar argumentieren

Sachkompetenz

Sie umfasst die formale Dimension (Polity), die inhaltliche Dimension (Policy) und die prozessuale Dimension (Politics)

Die formale Dimension bezieht sich auf die verfassungsmäßigen politischen Strukturen und Ordnungen einer Gesellschaft (Regierungssysteme, politische Parteien, internationale Organisationen etc.) und auf deren Rechtsordnung (Verfassung, Gesetze etc.) welche die Handlungsspielräume und Abläufe bei Auseinandersetzungen festlegen.

Die inhaltliche Dimension bezieht sich auf die Aufgaben und Ziele der politischen AkteurInnen. Diese Dimension zielt auf Problemlösung und auf die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und ist Ausdruck von Interessen – und Zielkonflikten.

Die prozessuale Dimension bezieht sich auf Vorgänge der politischen Willensbildung (z.B. Wahlen, Abstimmungen, Lobbyismus) und auf politische Entscheidungen (z.B. Gesetzgebung, Konferenzen). Sie interessiert sich für Konflikte bzw. für die Art und Weise, wie Interessengruppen ihre Anliegen durchzusetzen versuchen.

(Krammer/Kühberger/Windischbauer; Arbeitspapier der Expertengruppe)

Aufgabe der Fortbildung muss es nun sein, dieses Strukturmodell mit Leben zu erfüllen, d.h. sie anhand methodisch-didaktischer Beispiele dem „Zielpublikum“, den in einer 8.Schulstufe unterrichtenden LehrerInnen näher zu bringen.

Damit dies flächendeckend passiert werden andere Modelle notwendig sein. Ich denke dabei daran, dass TeilnehmerInnen eines Lehrgangs, von Fortbildungsveranstaltungen wie Seminare, Workshops etc. eine Multiplikatorenrolle

übernehmen, nicht nur in ihrer eigenen Schule, sondern als ReferentIn in ihren Bezirken der Kollegenschaft zur Verfügung stehen.

Im Sinne von Wolfgang Künne „Man kann erst Tanzen lernen, wenn man gelernt hat zu gehen“ hoffe ich, dass die Schule entscheidende Schritte zum Politik-Lernen beitragen kann, unsere SchülerInnen fit macht für die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft.

Literatur:

- Entwurf einer Grundsatzerklärung der Fachgesellschaft für politische Bildung
- Krammer/Kühberger/Windischbauer; Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell. Arbeitspapier der Expertengruppe des Bundesministeriums, 2008
- Thomas Hellmuth, Entscheidende politische Sozialisation. Politische Bildung in der Sekundarstufe